

Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten Argumente für ein JA am 29. November 2009

Bündnis gegen Kriegsmaterial-Exporte | www.kriegsmaterial.ch



Die Schweiz hat Besseres zu exportieren als Waffen.

Inhalt

Das Wichtigste auf einen Blick	2
Schweizer Kriegsmaterial-Produzenten	3
Wohin exportiert die Schweiz Kriegsmaterial?	4
Welche Auswirkungen haben Waffenexporte?	5
Und die Arbeitsplätze?	6
Antworten auf weitere Gegenargumente	9
Erläuterungen zum Initiativtext	10
Diese Organisationen sagen JA zum Verbot von Kriegsmaterial-Exporten	12
Weitere Informationen und Unterstützung	13

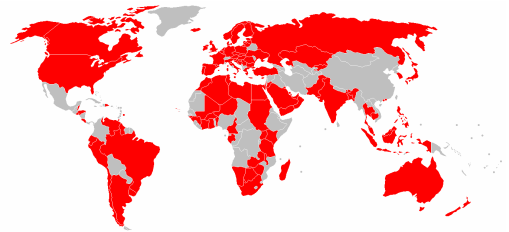


Das Wichtigste auf einen Blick

Waffen sind kein Produkt wie jedes andere. Sie werden hergestellt, um Menschen zu töten. Möglichst viele, möglichst effizient. Schweizer Kriegsmaterial-Produzenten bereichern sich am Verkauf von Waffen in Konfliktregionen. Der Bundesrat fügt sich den Interessen der Rüstungslobby und bewilligt Ausfuhren an Krieg führende Staaten. Neutralität und humanitäre Tradition der Schweiz werden mit Füßen getreten.

Weltweiter Missbrauch von Schweizer Waffen

Ob Mowag-Panzer in Afghanistan, Ruag-Handgranaten im Irak oder Pilatus-Flugzeuge in Darfur: Schweizer Waffen töten weltweit unschuldige Menschen. Grösster Kunde der hiesigen Rüstungsindustrie war im letzten Jahr ausgerechnet Pakistan. Im ersten Halbjahr 2009 war der Folterstaat Saudi-Arabien drittgrösster Abnehmer von Schweizer Waffen. Von einer restriktiven Bewilligungspraxis kann also keine Rede sein.



In diese Länder exportierte die Schweiz 1998-2008 Kriegsmaterial. Quelle: Seco

Exporte in Konfliktregionen

Allein im Jahr 2008 exportierte die Schweiz Kriegsmaterial in 72 verschiedene Länder. Oft werden beide Seiten eines Konflikts beliefert, so etwa die Atommächte Pakistan und Indien. Besonders skandalös: Die bundeseigene Ruag gehört zu den weltweit grössten Produzenten von Kleinkaliber-Munition. Durch solche Kugeln sterben täglich rund 1'000 Menschen.

Eine saubere Lösung für ein dreckiges Geschäft

Menschenleben sind wichtiger als die Profite der Rüstungsindustrie. Deshalb fordert die Initiative ein Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial und besondere militärische Güter. Güter, die sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden können, sind von der Initiative nicht betroffen. Mit einem Verbot von Kriegsmaterial-Exporten setzt die Schweiz ein starkes Zeichen gegen Kriege weltweit und erlangt international neue Glaubwürdigkeit.



Einreichung der Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten am 21.9.2007

Und was ist mit den Arbeitsplätzen?

Waffenexporte tragen nur 0.1 Prozent zur schweizerischen Wertschöpfung bei – gleich viel wie die Herstellung von Holzfenstern. Gemäss offizieller Statistiken beschäftigt die Schweizer Rüstungsexportindustrie 3'335 Personen, dazu kommen 1'797 Stellen bei Zulieferfirmen. Das sind halb so viele Beschäftigte wie im Schweizer Bergbau. Diese Arbeitsplätze müssen nicht verloren gehen. Sie können durch die Umstellung auf zivile Produkte nachhaltig gesichert werden. Dass das möglich ist, zeigt die Ruag, die bereits die Hälfte ihres Umsatzes im nichtmilitärischen Bereich erwirtschaftet. Die Initiative sieht vor, dass der Bund betroffene Arbeitnehmende und Regionen während zehn Jahren unterstützt.



Schweizer Kriegsmaterial-Produzenten

In der Schweiz gibt es vier grössere Kriegsmaterial-Produzenten. Alle exportieren Waffen in Konfliktregionen.

Pilatus: Bomben gegen ZivilistInnen

Die Pilatus-Werke in Stans stellen neben zivilen Privatjets auch militärische Leichtflugzeuge her. Offiziell gelten die Maschinen als «Trainingsgeräte», sie dürfen nach aktueller Rechtslage fast überall hin exportiert werden. Die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten will die Ausfuhr der Pilatus-Militärflugzeuge verbieten. Denn in Wahrheit kommen die Flugzeuge immer wieder bei Kampfhandlungen zum Einsatz. Insbesondere in der Aufstandsbekämpfung werden Pilatus-Militärflugzeuge eingesetzt. Jüngster Skandal war die Lieferung einer PC-9 in den Tschad; prompt bombardiert das dortige Regime mit Splitterbomben flüchtende Menschen.¹ Auch in Chiapas wurden Dörfer mit Pilatus-Flugzeugen der mexikanischen Armee bombardiert, mehrere Hundert Menschen starben. Auf der traurigen Liste befinden sich weiter Burma, Guatemala und Angola. Sogar die Giftgas-Angriffe Saddam Husseins auf die KurdInnen im Nordirak wurden mit Pilatus-Maschinen geflogen.



Die tschadische Armee montiert Splitterbomben an ein Schweizer Pilatus-Flugzeug und wirft sie im Grenzgebiet zum Sudan ab. Quelle: Schweizer Fernsehen

Mowag: Schützenpanzer für den Krieg in Afghanistan

Das wichtigste Exportprodukt der Kreuzlinger Mowag-Werke sind Radschützenpanzer des Typs Piranha. Heute werden die Mowag-Panzer vor allem im Krieg in Afghanistan eingesetzt. Dänemark, Deutschland, Irland, Finnland, Belgien und Rumänien verwenden die Panzer im so genannten «Krieg gegen Terror». Dabei töteten die Nato-Truppen oft Unbeteiligte, was zur Radikalisierung der Bevölkerung beiträgt.

Mowag-Panzer sind auch bei autoritären Regimes beliebt und werden bei der gewaltsamen Unterdrückung der Opposition eingesetzt. Eine besonders enge Beziehung pflegte die Mowag zum chilenischen Putsch-General Augusto Pinochet, der noch in den 90er Jahren vom Mowag-Chef zu einem geheimen Freundschaftsbesuch in die Schweiz eingeladen wurde.



Mowag-Panzer in Afghanistan. Photo: danskpanser

¹ <http://www.sf.tv/sendungen/10vor10/index.php?docid=20080208>



Rheinmetall Air Defence: Flugabwehr im Iran

Rheinmetall Air Defence hiess früher Oerlikon Contraves und ist ein Überbleibsel des skandalbehafteten Oerlikon-Bührle-Konzerns. Die Firma stellt unter anderem Flugabwehrkanonen und Munition mittleren Kalibers her. Sowohl der Iran als auch China und Pakistan sind mit Oerlikon-Kanonen ausgerüstet.

Die Firma befindet sich heute im Besitz der deutschen Rheinmetall-Gruppe. Die Übernahme entspricht einem allgemeinen Trend: Die Mowag gehört mittlerweile zur amerikanischen General Dynamics, andere Rüstungsbetriebe wurden ebenfalls von Multis übernommen, für die Krieg in erster Linie ein gewinnbringendes Geschäft ist.



Flugabwehrkanonen von Rheinmetall in Natanz, Iran. In Natanz befindet sich eine Anlage zur Urananreicherung. Photo: Hamed Saber

Ruag: Die Waffenschmiede des Bundes

Die Ruag befindet sich zu 100 Prozent im Besitz des Bundes. Sie erwirtschaftet heute die Hälfte ihres Umsatzes im zivilen Bereich, stellt aber auch weiterhin Waffen her. Die Ruag ist unter anderem die grösste Produzentin von Kleinwaffen-Munition in Europa. Diese kleinkalibrigen Schusswaffen sind die eigentlichen Massenvernichtungswaffen unserer Zeit: Sie fordern rund 1'000 Todesopfer pro Tag.²



Panzerfaust. Fotomontage aus der Ruag-Werbung

Wohin exportiert die Schweiz Kriegsmaterial?

Kriegsmaterial-Exporte in Konfliktregionen

Allein im Jahr 2008 exportierte die Schweiz Kriegsmaterial in 72 verschiedene Länder. Grösster Abnehmer von Schweizer Waffen war Pakistan. Dies, obwohl die Kämpfe im Swat-Tal keineswegs beendet sind. Auch Israel wurde trotz des schwelenden Nahostkonfliktes wieder mit Kriegsmaterial versorgt.



<http://maps.kriegsmaterial.ch>: Interaktive Karte der Schweizer Kriegsmaterial-Exporte

² http://www.iansa.org/campaigns_events/gun-control-2006.htm



Waffen für Folterstaaten

Ebenso rüstet die Schweiz Staaten auf, in denen Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind. Saudi-Arabien beispielsweise wurde im ersten Halbjahr 2009 mit Kriegsmaterial im Wert von über 34 Millionen Schweizer Franken beliefert und war damit drittgrösster Kunde der Schweizer Rüstungsindustrie.

Bundesrat verletzt eigene Verordnung

Unter dem Druck der Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten hat der Bundesrat die Kriegsmaterial-Verordnung verschärft. Theoretisch dürfen keine Ausfuhrbewilligungen mehr erteilt werden, wenn «das Bestimmungsland in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist» oder «Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt».³ Würden diese Bestimmungen eingehalten, so dürften Waffenlieferungen wie diejenigen an Pakistan, Saudi-Arabien oder die Beteiligten des Afghanistan-Krieges nicht mehr bewilligt werden. Eine Praxisänderung ist aber nicht erfolgt. Die Verschärfung der Kriegsmaterial-Verordnung bleibt damit ein Lippenbekenntnis, denn der Bundesrat hält sich nicht an seine eigenen Vorschriften.

Welche Auswirkungen haben Waffenexporte?

Waffen hinterlassen Spuren

Waffenexporte können Kriege verlängern und latente Konflikte eskalieren lassen. Auch nach Ende eines Krieges verschwinden die Waffen nicht einfach von der Bildfläche. Oft wird das Kriegsmaterial in andere Krisenregionen weiterverschachert. So deckte Amnesty International auf, dass Schweizer Waffenhändler an dubiosen Rüstungslieferungen aus Bosnien in den Irak beteiligt waren.⁴

Kleinwaffen kommen in den traumatisierten Kriegs- und Nachkriegsgesellschaften oft auch bei privaten Gewalttaten zum Einsatz. Insbesondere Frauen und Mädchen haben darunter zu leiden. In ehemaligen Kriegsgebieten wie Bosnien oder Ruanda – aber auch in den USA – nimmt die häusliche Gewalt zu, wenn die zur Brutalität erzogenen Soldaten nach Hause kommen. Die Chance, durch eine Gewalttat zu sterben, erhöht sich für Frauen in den USA um 272 Prozent, wenn eine Schusswaffe im Haushalt ist⁵, in anderen Ländern dürften die Zahlen



³ http://www.admin.ch/ch/d/sr/514_511/a5.html

⁴ <http://www.amnesty.ch/de/media/medienmitteilungen/2006/schweizer-firmen-in-waffenverkaeufe-in-den-irak-verwickelt>

⁵ <http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/50144ae16ca25cecc12567df002695c7/9ce4d9c7872a7085c1256fbd003f59f5?OpenDocument>



ähnlich sein. Mit Waffenausfuhren leistet die Schweiz der Verletzung von Frauenrechten Vorschub.

Entwicklung statt Aufrüstung!

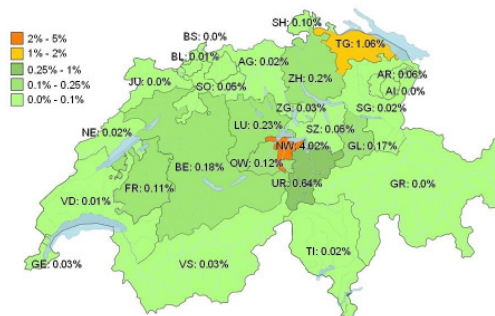
Mit Kriegsmaterial-Exporten unterläuft die Schweiz ihre eigenen entwicklungspolitischen Bemühungen. Im vergangenen Jahr haben Entwicklungsländer für 115 Millionen Franken Schweizer Kriegsmaterial gekauft. Im gleichen Zeitraum hat der Bund in genau denselben Ländern knapp 180 Millionen Franken in die Entwicklungszusammenarbeit investiert. Grösster Abnehmer von Schweizer Waffen war mit Pakistan ausgerechnet eines der Länder, die mehr Geld für militärische Zwecke einsetzen als für Gesundheitsversorgung und Bildung zusammen.⁶ Im gleichen Jahr hat die DEZA für rund 18,5 Millionen Franken Entwicklungshilfe in Pakistan geleistet. Das ist, als würde die Feuerwehr ein Haus in Flammen setzen und sich dann rühmen, beim Löschen geholfen zu haben.

Entgegen den Hoffnungen vieler Menschen hat das Ende des Kalten Krieges den weltweiten Rüstungswahn nicht gestoppt. Seit dem 11. September 2001 ist eine neue Welle der Militarisierung und Aufrüstung im Gange. Im Jahr 2008 wurden weltweit 1'464 Milliarden US-Dollar für militärische Zwecke ausgegeben. Das sind 45 Prozent mehr als vor zehn Jahren.⁷ Zum Vergleich: Der OECD-Ausschuss für Entwicklungshilfe, in dem die wichtigsten Geberländer der Welt vereint sind, hat im letzten Jahr 119 Milliarden US-Dollar für Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt...

Und die Arbeitsplätze?

Bestehende Arbeitsplätze sichern, neue schaffen!

Gemäss einer Studie im Auftrag des Bundes⁸ beschäftigt die Schweizer Rüstungsexportsindustrie direkt 3'335 Personen, zusätzlich schafft die Branche 1'797 Arbeitsplätze bei Zulieferfirmen. Das sind halb so viele Beschäftigte wie im Schweizer Bergbau. Oder die Hälfte der Anzahl Beschäftigten im Berner Inselehospital. Die Waffenexportindustrie ist für weniger als 0.1% der Wertschöpfung in unserem Land verantwortlich – das ist vergleichbar viel wie die Gesamtheit aller Holzfenster produzierenden Betriebe.⁹ Selbst die «Schweizerische Gesellschaft Technik und Armee» – eines der wichtigsten Foren der Schweizer Rüstungsindustrie – schrieb letzten Herbst in einer Pressemitteilung¹⁰: «Aus wirtschaftspolitischer Sicht sind die Kriegsmaterialausfuhren [...]



Anteil der von der Initiative direkt oder indirekt betroffenen Arbeitsplätze pro Kanton. Quellen: Bundesamt für Statistik / BAK Basel Economics

⁶ <http://www.oxfam.org/en/policy/guns-or-growth>

⁷ <http://www.sipri.org/yearbook/2009/05>

⁸ <http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/12839.pdf>

⁹ <http://www.w4w.ch/infos/brosch/brosch7/brosch7.asp>

¹⁰ <http://www.sta-network.ch/images/stories/Dateien/PM%20Herbst%2008%201.pdf>



bedeutungslos.»

Aber auch wenn Waffenexporte für die Volkswirtschaft als Ganzes marginal sind: Hinter jedem gefährdeten Arbeitsplatz verbirgt sich ein menschliches Schicksal. Deshalb fordert unsere Volksinitiative, dass der Bund die vom Exportverbot betroffenen Regionen und Beschäftigten während zehn Jahren mit gezielten Massnahmen bei der Umstellung auf zivile Produkte unterstützt. Diese Unterstützung soll es den betroffenen Beschäftigten und Unternehmen erlauben, sich erfolgreich einen Platz in zivilen Märkten zu positionieren, anstatt am Tropf von staatlichen Rüstungsausgaben zu hängen.

Es sind vier Firmen, welche die Branche dominieren: Rheinmetall Air Defence (die frühere Oerlikon Contraves), die Mowag, die Ruag und die Pilatus Flugzeugwerke. Diese Unternehmen sind zusammen für etwa drei Viertel der Rüstungsausfuhren verantwortlich. Entsprechend wenige Regionen wären von einem Verbot von Kriegsmaterial-Exporten betroffen (siehe Karte).

Wie sich die Rüstungsexportfirmen umorientieren können

Dass eine Umstellung von militärischer auf zivile Produktion möglich und sehr erfolgreich sein kann haben schon viele Betriebe bewiesen – auch in der Schweiz. So stellt beispielsweise die SIG in Neuhausen heute statt Sturmgewehren Hightech-Verpackungsmaschinen her.

Auch bei der Ruag sind heute nur noch etwa 15 Prozent der Angestellten im Bereich der Waffenexporte tätig. Die Ruag hat in den letzten Jahren ihre industriellen Fähigkeiten in Bereichen wie der Recycling-Technologie und dem zivilen Flugzeugbau bemerkenswert steigern können. Als Besitzer der Ruag hätte der Bund weitreichende Möglichkeiten, auch die verbleibenden 15 Prozent Waffenexport durch sinnvollere Tätigkeiten zu ersetzen. Im Bereich der grünen Technologien liegt bei der Ruag nach wie vor grosses Potential brach. Durch die Auswahl der Kompensationsgeschäfte, welche jeweils bei Rüstungskäufen im Ausland anfallen, kann der Bund die Aufträge an die Ruag zusätzlich massgeblich steuern. Anstatt noch tödlicherer Munition könnte die Ruag beispielsweise effizientere Solarkollektoren entwickeln.

Wie die Ruag haben auch die Pilatuswerke ein sehr erfolgreiches ziviles Standbein. Der Verkauf von PC-12-Geschäftsflugzeugen ist gemäss der Neuen Zürcher Zeitung auf Rekordkurs. Die Turboprop-Maschinen von Pilatus sind im Betrieb viel günstiger als düsengetriebene Businessjets, was gerade in der Wirtschaftskrise ein schlagendes Verkaufsargument ist. Bereits im letztjährigen Geschäftsbericht teilten die Pilatuswerke mit, dass es ihnen an Personal mangle, um alle Aufträge in diesem Bereich fristgerecht ausführen zu können. Dem gegenüber ist der Verkauf von Pilatus-Militärflugzeugen auch ohne unsere Initiative schwer ins Stocken geraten. Falls sich im November auch die Vereinigten Arabischen Emirate für ein anderes Flugzeug entscheiden, ist das Projekt PC-21 – das militärische Vorzeigeprojekt der letzten Jahre – wohl endgültig gescheitert.

Die Mowag könnte sich zum Ziel setzen, wieder Krankenwagen und Feuerwehrautos herzustellen, wie bis vor wenigen Jahren, statt Radschützenpanzer für den Afghanistan-Krieg zu liefern. Der Thurgauer Fahrzeughersteller könnte sich auch im Zugsbau neue Felder erschliessen. Die Stadler Rail von Nationalrat Spuhler im benachbarten Bussnang ist trotz Krise in ganz Europa auf der Suche nach Ingenieuren und





Technikerinnen, um die steigende Nachfrage nach Schienenfahrzeugen zu befriedigen. Eisenbahnwagons statt Schützenpanzer hiesse das Motto!

Die Kosten der Initiative – und die Kosten der Rüstungsindustrie

Die Studie des Bundesrates geht davon aus, dass die Initiative Kosten in der Höhe von 83 Mio. Franken im ersten Jahr nach Annahme der Initiative habe würde, zwei Jahre später noch 33 Mio. Franken. Darin eingerechnet sind Umschulungsmassnahmen, Steuerausfälle, Kompensation von Lohnausfällen, etc. Was gerne vergessen wird: Die Kriegsmaterialexport-Industrie selbst verursacht auch hohe finanzielle Kosten für die SteuerzahlerInnen. Die Waffenindustrie wird mit allerlei direkten und indirekten Subventionen gehätschelt. Dies geschieht auf diverse Arten:

- Unsinnige Beschaffungen für die Armee zu überhöhten Preisen, um die Schweizer Waffenindustrie zu fördern.
- Kompensationsgeschäfte, welche der Rüstungsindustrie zugehalten werden. Dadurch verteuern sich Rüstungsbeschaffungen um rund 10%. Jedes Jahr lenkt die Schweiz damit Millionen in die Taschen der Rüstungsindustrie.
- Forschungsgelder für Rüstungstechnologien
- Exportrisikogarantien.
- Bereitstellen des Militärattaché-Netzes für das Marketing der Schweizer Rüstungsindustrie im Ausland.

Alles in allem dürften die SteuerzahlerInnen mit einer Annahme der Initiative mehr Geld sparen als für den Umbau der Waffenindustrie zu zivilen Produktionsstätten investiert werden müsste.

Wie die Rüstungsindustrie unnötige Ängste schürt

Die Rüstungspropaganda behauptet, dass aufgrund von Skaleneffekten mehr als doppelt so viele Stellen betroffen seien, als die offizielle Studie ausweist. Das ist absurd: Wo sollen beispielsweise die 100% Skaleneffekte bei der Rheinmetall / Oerlikon Contraves versteckt sein, welche Flabkanonen und Munition fast ausschliesslich für den Export produziert?

Der asuw, eine Frontorganisation der PR Agentur Farner, versucht in ihren Publikationen die Unterscheidung zwischen Dual-Use Gütern und besonderen militärischen Gütern bewusst zu verwischen und entsprechende Unsicherheit zu säen. Farner weiss jedoch selbst bestens, dass derartige Befürchtungen nicht angebracht sind. Für Produzenten von zivilen und Dual-Use Gütern ändert sich mit der Annahme der Initiative nichts, denn durch den Initiativtext ist klar definiert, welche Güter von der Initiative betroffen sind und welche nicht: Was auch zivil genutzt werden kann, ist nicht vom Exportverbot betroffen.

Eine moralische Frage

Letztendlich läuft die Diskussion jedoch auf eine einzige Frage hinaus: Muss man jeden Wirtschaftszweig fördern, der Arbeitsplätze schafft? Auch mit Söldnerdiensten oder der Herstellung von Nuklertechnologie für Diktatoren würden sich Tausende von Arbeitsplätzen schaffen lassen. Beides ist jedoch verboten, weil es die Mehrheit der Bevölkerung für moralisch verwerflich hält. Genau wie den Verkauf von Waffen, mit denen unschuldige Menschen getötet werden.



Antworten auf weitere Gegenargumente

«Wenn die Schweiz keine Waffen liefert, tun es andere.»

Auch beim Verbot von Anti-Personenminen musste ein Land – es war Kanada – mit gutem Beispiel vorangehen, bevor andere Länder aktiv wurden und die grässlichen Minen ächteten. Die neutrale Schweiz könnte hier eine Vorbildfunktion einnehmen. Ethisch überzeugt die Argumentation ohnehin nicht: Nur weil andere etwas Verwerfliches tun, muss die Schweiz noch lange nicht mitziehen.

«Mit einem Verbot von Kriegsmaterial-Exporten verliert die Schweiz ihre Rüstungsindustrie und damit ihre Wehrautonomie.»

Auf die «eigene» Rüstungsindustrie könnte die Schweiz im Kriegsfall ohnehin nicht zählen. Oerlikon Contraves gehört längst der deutschen Rheinmetall und Mowag ist im Besitz der amerikanischen General Dynamics. Zudem kauft die Schweizer Armee den überwiegenden Teil ihrer Waffen im Ausland ein. Ohne Rüstungskäufe im Ausland gäbe es beispielsweise längst keine Luftwaffe mehr.

«Das Aufwuchskonzept der Armee wird gefährdet.»

Allen Ernstes behauptet etwa die asuw, eine Frontorganisation der PR Agentur Farner, bei Annahme der Initiative sei das «Aufwuchskonzept» gefährdet. Die asuw träumt davon, dass «bei einer Verschärfung der Sicherheitslage» die Wehrindustrie «zumindest teilweise» in der Lage sein müsse, den Bedarf an Ausrüstung selbst herzustellen. Dies funktioniert jedoch nur in ihrer Theorie. Schliesslich besitzt die Schweiz keine Rohstoffvorkommen und ist für die Produktion von Rüstungsgütern auf Importe (Eisenerz, Erdöl, etc) angewiesen.

Wer glaubt, die Schweiz könne sich mit der heutigen Wehrindustrie im Ernstfall längere Zeit über Wasser halten, ist naiv und hat von der Geschichte bewaffneter Konflikte keine Ahnung.

«Weshalb gleich alle Waffenexporte verbieten?»

Es gibt keine unproblematischen Waffenausfuhren. Der «Krieg gegen den Terror» im Irak und in Afghanistan zeigt, dass auch westliche Demokratien nicht vor völkerrechtswidrigen Kriegen und Menschenrechtsverletzungen zurückschrecken. Der Fall der Panzerhaubitzen, die von den Vereinigten Arabischen Emiraten illegal an Marokko weitergeliefert wurden¹¹, macht zudem deutlich: Es gibt keine Garantie, dass die Waffen in dem Land bleiben, in das sie ursprünglich exportiert wurden.

¹¹ http://www.humanrights.ch/home/upload/pdf/080219_TA_kriegsmaterial.pdf



Erläuterungen zum Initiativtext

Hier findet sich der Initiativtext unserer Volksinitiative. Damit ein Exportverbot nicht von findigen Waffenhändlern umgangen werden kann, ist der Text für JuristInnen formuliert. Mit den untenstehenden Erklärungen können sich auch nicht JuristInnen ein genaues Bild machen, was die Initiative im Detail fordert.

Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:

Art. 107 Abs. 3 (neu)

3 (neu) Er [der Bund] unterstützt und fördert internationale Bestrebungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Der Positiv-Artikel macht deutlich: Die Initiative verfolgt keine isolationistischen Ziele, sondern will eine **friedenspolitische Neuausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik** erreichen.

Art. 107a (neu) Ausfuhr von Kriegsmaterial und besonderen militärischen Gütern

1 Die Ausfuhr und die Durchfuhr folgender Güter sind verboten:

- a. Kriegsmaterial einschliesslich Kleinwaffen und leichte Waffen sowie die zugehörige Munition;*
- b. besondere militärische Güter;*

Das **Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial und besondere militärische Güter** ist das Kernstück der Initiative. Der Begriff des Kriegsmaterials ist in der Schweizer Gesetzgebung relativ eng gefasst. Die «Munitions List», die im Rahmen des internationalen Rüstungskontrollabkommens von Wassenaar¹² geführt wird, geht hingegen viel weiter: Sie umfasst sämtliche Güter, die ausschliesslich für militärische Zwecke konzipiert oder abgeändert wurden und in der gleichen Ausführung nicht auch zivil genutzt werden können. Um das Abkommen von Wassenaar in der Schweiz umsetzen zu können, wurde 1996 im Güterkontrollgesetz der Begriff der «besonderen militärischen Güter» eingeführt. Als besonderes militärisches Gut gilt alles, was in der «Munitions List» enthalten ist, in der Schweiz aber nicht unter das Kriegsmaterialgesetz fällt. Dazu gehören zum Beispiel Maschinen, die der Herstellung von Kriegsmaterial dienen, militärische Simulatoren oder auch «Trainingsflugzeuge», wie sie Pilatus herstellt.

c. Immaterialgüter einschliesslich Technologien, die für die Entwicklung, die Herstellung oder den Gebrauch von Gütern nach den Buchstaben a und b von wesentlicher Bedeutung sind, sofern sie weder allgemein zugänglich sind noch der wissenschaftlichen Grundlagenforschung dienen.

Auch **Lizenzgeschäfte** wie die 2005 erfolgte Lieferung von Bauplänen für Flugabwehrkanonen nach Indien sollen verboten werden. Damit wird auch die Umgehung des Ausfuhrverbots über ausländische Tochtergesellschaften verhindert.

2 Vom Aus- und vom Durchfuhrverbot ausgenommen sind Geräte zur humanitären Entminung sowie Sport- und Jagdwaffen, die eindeutig als solche erkennbar und in gleicher Ausführung nicht auch Kampfwaffen sind, sowie die zugehörige Munition.

¹² <http://www.wassenaar.org/>



Vereinzelt werden bei der **humanitären Entminung** noch Geräte auf Grundlage von Panzer-Chassis eingesetzt, die als besondere militärische Güter gelten. Die Initiative will die Schweizer Bemühungen zur Minenräumung nicht behindern, deshalb ist dafür eine Ausnahme vorgesehen. Auch **Jagd- und Sportwaffen** fallen nicht unter das Ausfuhrverbot, sofern sie eindeutig als solche erkennbar und nicht für Kampfhandlungen geeignet sind, wie z.B. Biathlon-Gewehre. Die Ausnahme gilt nicht für Sturmgewehre mit Seriefuersperre und ähnliche Waffen, die immer wieder in Konflikten und privaten Gewaltakten verwendet werden.

3 Vom Ausfuhrverbot ausgenommen ist die Ausfuhr von Gütern nach Absatz 1 durch Behörden des Bundes, der Kantone oder der Gemeinden, sofern diese Eigentümer der Güter bleiben, die Güter durch eigene Dienstleistende benutzt und anschliessend wieder eingeführt werden.

Die **Auslandeinsätze der Schweizer Armee** werden durch die Initiative nicht tangiert. Allerdings soll die Armee ausgeführtes Kriegsmaterial nach Ende des Einsatzes wieder zurück in die Schweiz bringen (ausser verschossene Munition).

4 Die Vermittlung von und der Handel mit Gütern nach den Absätzen 1 und 2 sind verboten, sofern der Empfänger oder die Empfängerin den Sitz oder Wohnsitz im Ausland hat.

Auch **Vermittlungsgeschäfte** durch Schweizer Waffenhändler, bei denen das Kriegsmaterial nie physisch in die Schweiz kommt, sollen verboten werden.

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 8 (neu)

8. Übergangsbestimmung zu Art. 107a (Ausfuhr von Kriegsmaterial und besonderen militärischen Gütern)

1 Der Bund unterstützt während zehn Jahren nach der Annahme der eidgenössischen Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» durch Volk und Stände Regionen und Beschäftigte, die von den Verboten nach Artikel 107a betroffen sind.

Während die Rüstungsexporte auf die ganze Schweiz betrachtet relativ wenige Arbeitsplätze schaffen, wären einzelne Regionen von einem Ausfuhrverbot überproportional stark betroffen. Mit dem ersten Absatz der Übergangsbestimmungen wird der Bund aufgefordert, die **betroffenen Regionen und Beschäftigten zu unterstützen**.

2 Nach Annahme der Artikel 107 Absatz 3 und 107a durch Volk und Stände dürfen keine neuen Bewilligungen für Tätigkeiten nach Artikel 107a erteilt werden.

Der zweite Absatz der Übergangsbestimmungen verhindert, dass **nach Annahme der Initiative** weiter Ausfuhrbewilligungen für Kriegsmaterial erteilt werden, bis die Gesetze und Verordnungen angepasst sind.



Diese Organisationen sagen JA zum Verbot von Kriegsmaterial-Exporten

Stand: 19. September 2009. Diese Liste wird laufend ergänzt. Die aktuelle Version findet sich jeweils auf www.kriegsmaterial.ch. Weitere Unterstützung ist willkommen, bitte richten Sie ein Mail an info@kriegsmaterial.ch.

[Gruppe für eine Schweiz ohne Armee \(GSoA\)](#)
[terre des hommes schweiz](#)
[SP Schweiz](#)
[Grüne Partei der Schweiz](#)
[cfd die feministische friedensorganisation](#)
[Schweizerisches Arbeiterhilfswerk \(SAH\)](#)
[Gesellschaft für bedrohte Völker \(GfbV\)](#)
[Erklärung von Bern \(EvB\)](#)
[Christlich - Soziale Partei \(CSP\)](#)
[Zentralvorstand der Evangelischen Frauen Schweiz \(EFS\)](#)
[Justitia et Pax](#)
[Religiös-Sozialistische Vereinigung der Deutschschweiz](#)
[comedia - die mediengewerkschaft](#)
[Frauen für den Frieden](#)
[JungsozialistInnen Schweiz \(JUSO\)](#)
[Junge Grüne Schweiz](#)
[Schweizerischer Friedensrat](#)
[Junge Alternative JA!](#)
[Liste 13 gegen Armut und Ausgrenzung Basel](#)
[BastA!](#)
[Alternative Kanton Zug](#)
[Humanistische Partei der Schweiz](#)
[Women's International League for Peace and Freedom \(WILPF\)](#)
[Partei der Arbeit der Schweiz \(PdA\)](#)
[APRED association pour la non-militarisation](#)
[Association suisse des Amis du Monde diplomatique](#)
[Mouvement populaire des familles MPF](#)
[CETIM Centre Europe-Tiers Monde](#)
[Neue PdA Basel](#)
OeME-Kommission Bern-Stadt
[Theologische Bewegung für Solidarität und Befreiung TheBE](#)
[ATTAC Schweiz](#)
[Centrale Sanitaire Suisse Romande](#)
[Marche Mondiale des Femmes - Schweiz](#)
[Stiftung PanEco](#)
[Fastenopfer](#)
[A Gauche Toute!](#)
Lassalle-Friedensbewegung (LFB)
[International Peace Bureau \(IPB\)](#)
[Service Civil International SCI](#)



Weitere Informationen und Unterstützung

Links

<http://www.kriegsmaterial.ch>

<http://maps.kriegsmaterial.ch> (ohne www)

Bündnis gegen Kriegsmaterial-Exporte

Interaktive Karte mit Skandalen und Export-Statistiken

Spenden

Die Rüstungslobby kämpft mit Millionen gegen unsere Initiative. Wir sind daher dringend auf Spenden angewiesen!

PC 40-351961-4
Bündnis gegen Kriegsmaterial-Exporte
Postfach 330
4127 Birsfelden

Material bestellen

Flyer, Kleber, Plakate und Postkarten mit dem Käsepanzer-Motiv – jetzt kostenlos bestellen:

<http://www.kriegsmaterial.ch/site/material-bestellen.html>

Kontakt

Bündnis gegen Kriegsmaterial-Exporte
Postfach 8031 Zürich
044 273 01 00
info@kriegsmaterial.ch

